

Werkstattgespräch am 11. Oktober 2011

Österreichs Rolle bei der jüdischen Emigration aus der Sowjetunion

Projektnummer: P08-0422

ProjektmitarbeiterInnen: Dr.ⁱⁿ Evelyn Klein, Dr.ⁱⁿ Gabriele Anderl, Mag. Dr. Hannes Leidinger

In der vorliegenden Forschungsarbeit wird versucht, die Rolle Österreichs bei der jüdischen Emigration aus der Sowjetunion in möglichst all ihren Facetten zu erfassen. Zunächst werden Diskriminierung, Verfolgung und der staatliche „Antizionismus“ in der ehemaligen Sowjetunion als wesentliche Ursachen für den jüdischen Exodus analysiert, und die jüdische Auswanderung wird im Kontext der internationalen Politik sowie der österreichischen Innen- und Außenpolitik untersucht.

Bis in die 1960er Jahre war jährlich lediglich einigen hundert Juden die Auswanderung aus der Sowjetunion gestattet worden, ab Ende des Jahrzehnts stieg die Zahl massiv an. Die Schwankungen bei den Emigrantenzahlen erwiesen sich in den folgenden Jahren als relativ zuverlässiges Richtmaß für den Zustand der Ost-West-Beziehungen: „Eiszeiten“ zwischen Moskau und Washington schlugen sich in einem Rückgang der Bewilligungen zur Ausreise nieder.

Das neutrale Österreich wurde zur wichtigsten Transitstation: Insgesamt wanderten mehr als 250.000 jüdische Emigranten über Österreich nach Israel und in andere Länder aus. Es entsprach dem Selbstbild des nach der NS-Zeit wieder erstandenen Österreich, Flüchtlingen und Emigranten vor allem aus den kommunistischen Staaten Asyl oder die Möglichkeit zur Durchreise zu gewähren. Mit der aktiv beanspruchten Brückenfunktion eines am Eisernen Vorhang gelegenen Kleinstaates konnten auch traditionelle antislawische Ressentiments in prowestliche, antikommunistische Überzeugungen umgedeutet werden.

1973 machte der Überfall palästinensischer Terroristen auf einen Zug jüdischer Auswanderer klar, dass auch Österreich ins Fadenkreuz des Nahostterrors geraten war. Das als „Schönau-Krise“ bekannt gewordene Ereignis rückte den jüdischen Transit in den Brennpunkt der innen- und außenpolitischen Aufmerksamkeit und brachte der Regierung Kreisky den massiven Vorwurf ein, vor dem Terror kapituliert und sich einer zu stark proarabischen Politik verschrieben zu haben. Vor allem das Verhältnis zu Israel kühlte nachhaltig ab.

Das von der „Jewish Agency“, der offiziellen israelischen Einwanderungsorganisation verwaltete Durchgangslager Schönau wurde in der Folge geschlossen. Dem Wunsch der arabischen Staaten, den jüdischen Transit durch Österreich grundsätzlich zu unterbinden, kam Kreisky jedoch nicht nach.

In den 1970er Jahren geriet Österreich auch in das Spannungsfeld der Auseinandersetzungen um die sogenannten „Dropouts“ – Auswanderer aus der UdSSR, die statt nach Israel in die USA oder in andere westliche Länder ausreisen wollten. Kreisky sprach sich in diesem Konflikt nachdrücklich für die freie Wahl des Ziellandes aus.

In den 1980ern ebnete der Zustrom von Transitmigranten als Folge der wieder restriktiveren sowjetischen Haltung deutlich ab. Eine neue Welle der jüdischen Auswanderung setzte erst nach dem Zerfall der UdSSR ein, doch verlor Österreich nach der Einrichtung diplomatischer Vertretungen in den Nachfolgestaaten und direkter Flugverbindungen seine Bedeutung als Transitland. Mit dem Ende des Ostblocks büßte es auch seine „Brückenfunktion“ zwischen den „Blöcken“ ein, was sich auch in einer Abkehr von der großzügigen Asylpolitik manifestierte.

Als „Nebeneffekt“ des Transits ist seit den frühen 1970er Jahren eine jüdische Gemeinschaft mit sowjetischen Wurzeln in Wien entstanden, deren Mitglieder zum größten Teil aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan stammen. Den Kern dieser Gemeinde bildeten einige bucharischen Familien, die aus der Sowjetunion nach Israel ausgewandert waren und in der Folge vergeblich versucht hatten, über Wien in die UdSSR zurückzukehren. Ein damals am Rande der jüdischen Gemeinde etabliertes „Hilfskomitee für russische Juden in Wien“ unterstützte die Neuankömmlinge mit großem Engagement.

Vor allem die mit einer wiederholten Entwurzelung verbundenen Mehrfachmigrationen haben vielen Zuwanderern die Integration in die österreichische Gesellschaft anfänglich sehr erschwert. Auch ein Fuß fassen in der jüdischen Gemeinde war vor allem in den ersten Jahren mit großen Schwierigkeiten verbunden. In den letzten beiden Jahrzehnten wurde von den bucharischen Juden und für diese eine bemerkenswerte jüdische Infrastruktur in Wien mit Vereinen, Geschäften und einem jüdischen Schul- und Ausbildungswesen geschaffen.

Die noch nicht eingebürgerten jüdischen Zuwanderer unterliegen heute den allgemeinen fremdenrechtlichen Bestimmungen. Eine Regelung zur Aufnahme jüdischer Auswanderer aus der ehemaligen UdSSR als „Kontingentflüchtlinge“, wie sie in Deutschland viele Jahre in Kraft war, hat es in Österreich nie gegeben.